

5. Mai 2015

56 GASTKOMMENTAR

Handelsblatt  
DIENSTAG, 5. MAI 2015, NR. 85

## Reiz des Wechselspiels

**Mariana Mazzucato** macht einen Vorschlag, wie Staat und Unternehmen zusammenarbeiten können.

**W**arum kommen eigentlich die kreativen, dynamischen und innovativen Unternehmen wie Apple, Amazon, Google und Facebook (fast) alle aus den USA und nicht aus Europa? Die gängige Antwort von Medien und konservativen Politikern: „Europa hat Kultur, gutes Essen und Mode, aber es fehlt an Unternehmergeist. Weder gibt es genügend ‚Garagentüftler‘ noch das nötige Risikokapital. Wir Europäer haben einfach zu viel Staat und zu wenig Markt.“

Diese Erklärung ignoriert allerdings eine entscheidende und häufig übersehene Tatsache: Die Entwicklung der revolutionären Technik, die das iPhone so smart macht, wurde ursprünglich vom Staat finanziert, in diesem Fall von der US-Regierung.

Dabei betreibt Washington keine Marktintervention im engeren Sinne, sondern vielmehr eine aufgabenorientierte Innovationspolitik. Warum sind wir heute überall auf der Welt online vernetzt? Weil das Internet von der US-Verteidigungsbehörde Darpa finanziert wurde. Wenn wir mittels GPS-Handy jederzeit unseren genauen Standort bestimmen können, ist das dem US-Satellitenprogramm Navstar zu verdanken. Auch die sprachgesteuerte iPhone-Assistentin Siri und der benutzerfreundliche Berührungsbildschirm basieren auf Förderprojekten der US-Regierung.

Natürlich sind Leute wie Steve Jobs nötig, die aus solchen Ideen Produkte machen. Aber man darf nicht glauben, solche Genies kämen aus dem Nichts.

Ein aktuelles Beispiel: Der Elektroauto-Pionier Elon Musk hat sein Vorzeigemodell Tesla S mit Hilfe eines staatlich garantierten Kredits von 465 Millionen Dollar entwickelt. Heute ist Musk der gefeierte Held des Silicon Valley. Eine ähnliche Kreditgarantie über mehr als 500 Millionen Dollar für das Solarunternehmen Solyndra geriet dagegen zum



Rohrkrepierer. Kritiker der staatlichen Innovationsförderung verweisen gerne auf Solyndra als Millionengrab für Steuergelder - und verschweigen dabei den Erfolg von Tesla. Natürlich können Innovationen immer auch scheitern - auf jeden Tesla kommen 20 Solyndras.

Nur kann der Staat im Gegensatz zu privaten Risikokapitalgebern seine Verluste nicht so einfach mit den Gewinnen aus anderen Projekten verrechnen. Denn die Risiken

staatlicher Garantien sind zwar vergemeinschaftet, nicht aber die potenziellen Erträge.

Ökonomen mögen einwenden, staatlich finanzierte Investitionen amortisierten sich über ein höheres Steueraufkommen. Wenn High-Tech-Unternehmen wie Apple und Google gut bezahlte Jobs schaffen, bringt das zusätzliche Steuereinnahmen. Aber weder Google, dessen streng gehüteter Algorithmus übrigens auch vom Steuerzahler finanziert wurde, noch Apple selbst zahlen

Steuern in einem halbwegs angemessenen Verhältnis zum Unternehmensgewinn. Warum? Weil ihre Lobbyisten der Politik erfolgreich weismachen, die Unternehmen hätten schließlich die Kosten und Risiken von Innovationen zu tragen.

Solche eklatanten Steuerschlupflöcher gilt es zu stopfen. Wir müssen Wege finden, eine gleichberechtigte Symbiose zu schaffen, in der der Staat dem Privatsektor nicht nur das Risiko abnimmt, sondern auch an den Chancen von Innovationen teilhat. Mögliche Modelle wären gewinnabhängige Darlehensmodalitäten, staatliche Unternehmensanteile oder zumindest ein Mitspracherecht bei der Verwendung von geistigem Eigentum. Denkbar wäre auch, die Unternehmen zu verpflichten, Gewinne aus öffentlichen Investitionen in weitere Innovationen zu stecken, statt Bargeld zu horten oder Aktien zurückzukaufen.

Die Europäische Investitionsbank könnte das billige Geld der EZB in produktive Investitionen „kanalisieren“, damit die Unternehmen die Mittel nicht nur zum Aufpolieren ihres Aktienkurses nutzen. Zudem sollten öffentliche Investitionen so gestaltet sein, dass Gewinne aus erfolgreichen Förderungen zum Ausgleich der Verluste aus gescheiterten Projekten herangezogen werden können.

Wirtschaftsmedien wie der „Economist“ zeichnen den Staat gerne als Leviathan, der jegliche Innovation im Keim erstickt. Diese Debatte sollten wir dringend entideologisieren. Dazu müssen wir den Markt als produktives Wechselspiel öffentlicher und privater Akteure begreifen. Wenn es gelingt, die Beziehung zwischen Staat und Wirtschaft im Sinne eines Innovationspaktes neu zu ordnen, von dem beide Seiten gleichermaßen profitieren, kann die nächste große Innovationswelle auch nach Europa schwappen.

Die Autorin ist Wirtschaftsprofessorin an der Universität Sussex.  
gastautor@handelsblatt.com